



Niederschrift

zur 5. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses der Stadt Lippstadt am 07.09.2010

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00
Ende: 19:10

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Sabine Pfeffer Vorsitzende

stellv. Vorsitzende

Frau Dr. Yasmine Freigang stellv. Vorsitzende

CDU-Fraktion

Herr Wilhelm Börskens ordentliches Mitglied
Herr Franz Gausemeier ordentliches Mitglied
Herr Klaus Laufkötter ordentliches Mitglied
Frau Mechtild Niggemeier ordentliches Mitglied
Frau Gabriele Schütte-Holthaus ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Frau Andrea Müller ordentliches Mitglied
Herr Martin Schulz stellv. Mitglied
Herr Frank Seyda stellv. Mitglied

FDP-Fraktion

Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend ordentliches Mitglied
Frau Jutta Kaulfuß stellv. Mitglied

BG-Fraktion

Herr Horst Fritsch ordentliches Mitglied
Herr Theodor Kremer ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Elisabeth Körner ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Julian Dohr ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Scholz ordentliches Mitglied

Fraktionslose

Frau Vana Sidiropoulou sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Franz Josef Brenke FB Schule, Kultur und Sport
Herr Manfred Strieth FB Jugend und Soziales
Herr Josef Wittrock FD Interne Steuerung/Service für Kultureinrichtungen

In öffentlicher Sitzung

1. Fragestunde für Einwohner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

2. Zuschuss an den Städt. Musikverein Lippstadt e.V.; hier: Verwendungsnachweis für die Spielzeit 2009/10 258/2010

Herr Brenke erläuterte die Vorlage und bezeichnete es als sehr ungewöhnlich, dass der Städt. Musikverein einen Fehlbetrag erwirtschaftet habe. Zur Begründung verwies er auf die im Prüfbericht der örtlichen Rechnungsprüfung festgestellten Mehraufwendungen für die Vorbereitung der beiden Großveranstaltungen "Tage der Chor- und Orchestermusik" und "Landeschorfestival" sowie die Zusatzausgaben für die Ausleihe von Konzertflügeln. Der Musikverein sei bereit, diesen Verlust ins nächste Jahr vorzutragen. Dies führe aber dazu, dass die Kürzungen aus dem Haushaltssicherungsprogramm deutlich schwerer umzusetzen seien.

Herr Kremer wies darauf hin, dass im Rahmen der Beratungen zur Haushalts-sicherung ein einvernehmlicher Vorschlag zu Einsparungen beim Zuschuss an den Städt. Musikverein gemacht worden sei. Der Rat habe dann aber eine darüber hinausgehende Zuschussreduzierung beschlossen, die nicht in die Symmetrie der Kürzungen bei den anderen Kulturträgern passe. Dies müsse in den Haushaltsberatungen noch einmal überdacht werden.

Herr Börskens schloss sich dem im Wesentlichen an machte aber deutlich, dass hieran kurzfristig nichts zu ändern sei.

Der Schul- und Kulturausschuss nahm im Übrigen die Vorlage zur Kenntnis.

3. Projekt "Jedem Kind ein Instrument"; hier: Landesförderung und Auswirkungen auf den Projektzeitraum 2010/11

260/2010

Herr Brenke erläuterte die Vorlage. Mit der nunmehr bewilligten Landesförderung erfahre die Arbeit der Conrad-Hansen-Musikschule, die bereits vor 2 Jahren in das Projekt "Jedem Kind ein Instrument" gestartet sei, ihre besondere Anerkennung. Mit der Landeszuwendung sei darüber hinaus die im Rahmen der Haushaltssicherungsmaßnahmen vorgeschlagene Einsparung erreicht. Im Besonderen wies er auf die im Zusammenhang mit der Bewilligung gemachten Bedingungen hin. Das sei im Wesentlichen zunächst die Verpflichtung zur Teilnahme für alle Schüler des ersten Schuljahres, bei Teilnahme von 8 Schulen, an dem als Tandemunterricht ausgestalteten Projekt. Weiterhin müsse neben dem lehrplanmäßigen Unterricht eine weitere Stunde Musik erteilt und der JEKI-Unterricht im ersten Schuljahr grundsätzlich gebührenfrei angeboten werden. Im zweiten Schuljahr könne dann ein maximaler Elternbeitrag von 20,- € pro Monat erhoben werden.

Herr Brenke wies darauf hin, dass die JEKI-Unterrichte der Conrad-Hansen-Musikschule bereits jetzt den im Bewilligungsbescheid geforderten Qualitätsstandards entsprechen und daher auf diesem Niveau weiter durchgeführt werden könnten.

Herr Schulz wies darauf hin, dass die vom Land angekündigte und jetzt umgesetzte Landesförderung die Gelegenheit biete, das Projekt "Jedem Kind ein Instrument" auch auf Dauer zu installieren.

Im Übrigen nahm der Schul- und Kulturausschuss von der Mitteilungsvorlage Kenntnis.

**4. Offene Ganztagschule im Primarbereich;
hier: Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses sowie Änderung der Richtlinien zur Durchführung und Förderung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich**
225/2010

Herr Strieth erläuterte die Vorlage und wies in seinen Ausführungen darauf hin, dass hiermit nicht eine Ausweitung des Angebotes, sondern dessen Absicherung erfolgen solle. Die bisher an die Träger der außerunterrichtlichen Angebote an den Grund- und Förderschulen gezahlten Festbetragszuschüsse sehen bisher keine Fortschreibung der Personalaufwendungen vor. In einem kreisweiten Arbeitskreis habe man sich auf eine einvernehmliche Erhöhung um rd. 5 % von 41.000,-- € auf 43.000,-- € je Gruppe, bei den Förderschulen auf 48.000,-- € je Gruppe verständigt. Diese Erhöhung erfordere vor Ort keine zusätzlichen Mittel, da diese bereits im Etat veranschlagt seien.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

„Zur Durchführung und Förderung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich werden den Trägern der außerunterrichtlichen Angebote, vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, folgende Zuschüsse gewährt:

1. Der **Festbetragszuschuss** für die Personal- und Sachkostenförderung in der Offenen Ganztagschule an **Grundschulen** beträgt ab dem 01.01.2010 **43.000,00 € je Gruppe bzw. 1.720,00 € je zusätzlich gefördertem Platz.**
2. Der **Festbetragszuschuss** für die Personal- und Sachkostenförderung in der Offenen Ganztagschule an **Förderschulen** beträgt ab dem 01.01.2010 **48.000,00 € je Gruppe bzw. 3.200,00 € je zusätzlich gefördertem Platz.**

Den als Anlage beigefügten Richtlinien zur Durchführung und Förderung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich wird zugestimmt.“

(einstimmig zugestimmt)

**5. Offene Ganztagschule im Primarbereich;
hier: Verbesserung der räumlichen Unterbringung an der Martinschule
Cappel (mündlicher Bericht)**

Herr Brenke verwies in seinen Ausführungen zunächst auf den am heutigen Tage erschienenen Presseartikel in der Tageszeitung "Der Patriot". Bereits seit 2008 sei vom Schulleiter der Martinschule und dem damaligen Ortsvorsteher auf den Raumbedarf für die Schüler im offenen Ganztage hingewiesen worden. Die Unterbringung sei im schulnahen Bereich nicht gelungen, insbesondere weil die erforderlichen Baumaßnahmen finanziell nicht darstellbar gewesen seien. Insoweit sei jetzt die Cappeler Initiative außerordentlich begrüßenswert.

Herr Gausemeier erläuterte sodann das Vorhaben. Durch eine Vielzahl von Sponsoren sei man nun auf einen guten Weg einen massiven Baukörper auf dem Schulgelände zu realisieren. Abhängig von der angekündigten Baugenehmigung gehe er davon aus, dieses Gebäude bis Ende des Jahres für ca. 45 bis 50 Kinder fertig zu stellen. Er dankte auf diesem Wege allen Beteiligten, die dieses engagierte Projekt ermöglichen würden.

**6. Ganztage an Schulen;
hier: Mittagsmahlzeit und Essenspreisgestaltung
254/2010**

Herr Brenke erläuterte die Vorlage und erinnerte in seinen Ausführungen an den Beschluss des Rates vom 12.07.2010, die Finanzierung der Mittagsmahlzeit durch Spendengelder und Einsparungen im Fachbereich 4 bis Ende 2010 sicherzustellen. Damit sei die Ausgabe des Mittagessens an der Kopernikuschule und Drost-Rose-Realschule zu den bisherigen Bedingungen gesichert. An der Gesamtschule werde das Essen aufgrund einer Ausschreibung für zurzeit ca. 70 Schüler für einen Essenspreis von 3,50 € ausgegeben. Derzeit würden somit mit unterschiedlichem Preisgefüge und unterschiedlichen Anbietern an den drei Schulen insgesamt rd. 430 Mittagessen täglich ausgegeben, bei prognostisch weitersteigenden Zahlen. Er wies darauf hin, dass sich der Preis von rd. 3,50 € zusammensetze aus einem reinen Essenspreis von ca. 2,50 € zuzüglich den Kosten von rd. 1,00 € pro Essen für das Personal zur Essensausgabe.

Hinsichtlich der Organisation der Essensausgabe im Rahmen des Projektes "Bürgerarbeit" müsse aber festgestellt werden, dass eine Förderung bei Auslagerung der Essensausgabe auf Dritte nicht möglich ist. Die Anstellung eigener Küchenkräfte stehe aber dem Ratsbeschluss vom 12.07.2010 entgegen, der eine Essensausgabe durch Dritte festgelegt habe. Neben dem Ratsbeschluss stehen der Anstellung eigener Küchenkräfte auch die vertraglichen Bindungen bei der Drost-Rose-Realschule und der Gesamtschule sowie eine ungesicherte Finanzierung entgegen. Auch bei einer Förderung über das Projekt "Bürgerarbeit" bliebe noch ein ungedeckter städtischer Anteil von rd. 40.000,00 € offen. Außerdem hätte eine geförderte Finanzierung nur Bestand für rd. 3 Jahre mit der Folge, dass die Kommunen danach diese Kosten selbst tragen müssten. Aufgrund des Haushaltssicherungsprogramms sei daher eine

Finanzierung der Bürgerarbeit haushaltsmäßig nicht darstellbar. Zudem wies Herr Brenke darauf hin, dass aus Fachbereichssicht keine Drittmittelfinanzierung hierfür in Aussicht stehe.

Herr Kremer machte deutlich, dass man bei Einrichtung des Ganztages auch die daraus folgenden Konsequenzen tragen müsse. Es dürfe nicht passieren, dass einige Schüler aus finanziellen Gründen nicht am Mittagessen teilnehmen könnten. Er sprach sich dafür aus, ein einheitliches System, ggf. mit sozialen Komponenten einzuführen, das für alle Schulen gleich und von Sponsoren unabhängig sei.

Herr Schulz griff die in der Vorlage angesprochene grundlegende Schulstrukturentscheidung zur dauerhaften Finanzierung auf. Die Stadt Lippstadt habe mit großen Investitionen Räume geschaffen, die nun auch mit entsprechendem Leben gefüllt werden müssten. Insoweit könne er zwar uneingeschränkt der Aussage folgen, dass Essenstandard, Angebotsvielfalt und Essenspreis möglichst einheitlich gestaltet werden. Alle anderen in der Vorlage genannten Aussagen zur Vorgehensweise für die Essensgestaltung, -ausgabe und Preisgestaltung seien mit den Vorstellungen seiner Fraktionen nicht konform. Er sprach sich dafür aus, als Dauerinstrument die "Bürgerarbeit" zu installieren sowie den für einige Familien nicht finanzierbaren Preis von 3,50 € zu subventionieren. Er beantragte, die Mitteilungsvorlage zunächst noch einmal in die Fraktionen zur Beratung zu geben und in der nächsten Schul- und Kulturausschusssitzung Lösungen zu diskutieren.

Herr Börskens sprach sich ebenfalls für eine einheitliche Regelung aus, damit die Schulen nicht in einen Wettbewerb zueinander treten würden. Die Finanzierung sei nach seiner Auffassung nur über die "Bürgerarbeit" möglich, allerdings mit der Einschränkung, dass dies nur über eine Anstellung des Personals bei der Stadt Lippstadt gehe. Diese scheide allerdings aus grundsätzlichen Erwägungen als Arbeitgeber aus.

Nach abschließender Diskussion wurde die Vorlage zunächst an die Fraktionen verwiesen und soll in der nächsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses erneut beraten werden.

7. Errichtung einer städt. Gesamtschule, hier: Sachstandsbericht zum Unterrichtsbeginn
255/2010

Herr Brenke verwies auf die Mitteilungsvorlage, mit der dargestellt werde, wie die Gesamtschule aufgestellt sei und unter welchen Bedingungen sie nun an den Start gehe.

Frau Pfeffer wünschte im Namen des Ausschusses der Schulleitung und dem Kollegium einen guten Start in die neue Schulform.

8. Bericht über einen ersten Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes NW

256/2010

Herr Brenke berichtete über die vorgesehenen Änderungen des Schulgesetzes. Für die Stadt Lippstadt als Schulträger seien zunächst die Regelungen zur Steuerung der Schulströme im Grundschulbereich wichtig. Zurzeit wähle bereits jeder fünfte Schüler eine andere als die nahegelegene Grundschule. Grundsätzlich stehe die Verwaltung hinsichtlich beabsichtigter Änderungen im ständigen Austausch mit der Schulaufsichtsbehörde.

9. Verschiedenes

a) Förderung privater Kulturträger

Herr Brenke bezog sich auf den Auftrag des Schul- und Kulturausschusses aus der Sitzung vom 15.06.2010, wonach über die Verwendung der noch verfügbaren Restmittel in Höhe von 2.300 € eine einvernehmliche Lösung erzielt werden solle.

Unter dem Aspekt der Förderung von kulturellen Projekten werde daher vorgeschlagen, folgende Zuschüsse zu bewilligen:

- Förderverein Neues Lippstädter Kammerorchester	750,-- €
- Kunst im Turm	750,-- €
- Kunstverein Lippstadt	750,-- €

Der Förderverein Radio-Lippeland sei bei diesem Fördervorschlag nicht berücksichtigt worden, weil die Restmittel für kulturelle Projekte und nicht als Mietzuschuss verwendet werden sollten. 2008 habe der Schul- und Kulturausschuss zwar einen Zuschuss an den Verein Radio-Lippeland e.V. bewilligt, der aber als ausdrücklich einmaliger Zuschuss gewährt und aus Mitteln außerhalb des Fördertopfes finanziert wurde.

Darüber hinaus sei dem Kunstverein ein um 360,-- € höherer Zuschuss für die Malschule und die Ausstellungsräume im Kunsthause Am Speelbrink zugesagt worden, die aus Mitteln des Fachbereichs 4 finanziert würden.

Nach kurzer Diskussion ergab sich gegen den verwaltungsseitigen Vorschlag kein Widerspruch.

Ende des öffentlichen Teils um 19:10 Uhr.

gez. Sabine Pfeffer
Vorsitzende

gez. Josef Wittrock
Schriftführer